

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
01/2015 (II)*



Liebe FreundInnen!

Am Mittwoch ist der Nationalrat zu seiner 59. Sitzung zusammengekommen. Themen waren u.a. TTIP, ein moderneres Fortpflanzungsmedizingesetz und die neue EU-Richtlinie zu genetisch veränderten Organismen (GVO).

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

PARLAMENTSMAIL



Top-Themen

Modernes Fortpflanzungsmedizingesetz: SPÖ-Forderungen für Frauen und Familien umgesetzt

Mit dem Beschluss des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMG) werden **wichtige frauen- und gesellschaftspolitische Forderungen der SPÖ umgesetzt**:

- Die SPÖ **beseitigt die Diskriminierung lesbischer Paare**: Auch sie können nun künstliche Befruchtung in Anspruch nehmen. Das ist ein wichtiger Meilenstein zur Gleichbehandlung.
- Das Gesetz ist ein frauenpolitischer Fortschritt: Künftig ist nicht nur die Samenspende, sondern auch die Eizellenspende zulässig. Damit **unterstützen wir Familien bei ihrem Kinderwunsch und ersparen Frauen teure Behandlungen im Ausland**.
- Die Präimplantationsdiagnostik (PID) wird unter strengen Voraussetzungen erlaubt. Das **verringert Leid** und unnötige Mehrfachbehandlungen. Österreich schließt mit dieser Novelle auch an internationale Standards an. Das "Designerbaby auf Wunsch" wird es nicht geben. Auch die **Leihmutterschaft bleibt verboten**.

"Damit werden lesbische Paare nicht mehr an den Rand der Illegalität gedrängt und es wird ein **wichtiges frauenpolitisches Anliegen umgesetzt**", zeigte sich **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** erfreut über die Reform, die von einer breiten Mehrheit des Parlaments beschlossen wurde. Der SPÖ-Klubobmann plädierte für ein aktives Parlament, das nicht auf Höchstgerichts-

Beschlüsse wartet (wie beim FMG oder aktuell dem Adoptionsrecht für Homosexuelle), sondern von sich aus aktiv gestaltet. Die Forderungen der SPÖ: **Keine Diskriminierung Homosexueller bei Ehe und Adoption.**

"Gleichbehandlung für lesbische Paare – Bessere Chancen für Familien mit Kinderwunsch" – Die SPÖ-Abgeordneten freuen sich über den Beschluss des Fortpflanzungsmedizingesetzes.

TTIP – SPÖ lehnt Sonderklagerechte ab

Die **SPÖ** steht trotz der nun einsetzenden verbesserten Transparenz von Seiten der EU-Kommission **dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) weiterhin sehr skeptisch gegenüber.** Die **Sonderklagerechte**, die zu einer Verschlechterung der hohen europäischen Standards im Bereich Sozial- und Umweltrecht und bei den ArbeitnehmerInnenrechten führen können und nur den großen Konzernen zu Gute kommen, **lehnt die SPÖ strikt ab.** **Bundeskanzler Werner Faymann** betonte in der **Europastunde im Nationalrat**: "Man muss nicht darauf warten, dass Konzerne mit millionenschweren Schadenersatzklagen Druck ausüben, sondern man muss jetzt sagen, dass man **ein Freihandelsabkommen will, das sozial, umweltfreundlich und fair ist.** Und dass man ein Abkommen nicht unterschreiben wird, das diesen Kriterien nicht genügt!"

Bei einer Aussprache mit der EU-Handelskommissarin Malmström im Parlament deponierten die SPÖ-Abgeordneten ihre Kritik an TTIP.

Die außenpolitische Sprecherin der SPÖ, Christine **Muttonen**, betonte in ihrer Rede, dass zwischen zwei Gesellschaften mit gut funktionierenden Rechtssystemen, wie der amerikanischen und der europäischen, Sonderklagerechte den Rechtsstandard nicht verbessern, sondern verschlechtern. "**Bleiben die Klauseln drin, können wir TTIP nicht zustimmen**", **so Muttonen.** SPÖ-Abgeordneter **Josef Cap** wies darauf hin, dass die **Sonderklagerechte nur für gro-**

ße Konzerne Möglichkeiten eröffnen. "In Österreich sind 98 Prozent der Unternehmer mittlere und kleinere Unternehmungen. Eine Klage vor dem Schiedsgericht kostet aber acht Millionen Euro. Diese Unternehmen könnten sich das gar nicht leisten", so Cap.

Gentechnik: Anbau von GVOs bleibt verboten

Eine EU-Richtlinie stellt klar: Gentechnik-Anbauverbote sind zulässig

Die EU-Richtlinie zum Verbot des Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen (GVOs) schafft endlich **Rechtssicherheit und setzt die langjährige österreichische Forderung nach dem Verbot von GVOs** in der Landwirtschaft um. **Österreich hat damit Rechtssicherheit** und kann nun nicht gezwungen, werden GVOs anzubauen. Entscheidend ist auch die **Pufferzone** an den Staatsgrenzen, die eine Kontaminierung durch Samenflug verhindert. Auch wenn die SPÖ lieber ein komplettes Verbot von GVOs gehabt hätte, ist der jetzt gefundene Kompromiss eine sehr gute Lösung. Der Bericht des Ausschusses zur besagten Richtlinie wurde vom Nationalrat mit Mehrheit positiv zur Kenntnis genommen.

SPÖ nominiert Team für Hypo-U-Ausschuss

Der SPÖ-Parlamentsklub hat in seiner Klubvollversammlung sein **Team für den kommenden Hypo-Untersuchungsausschuss** fixiert. **Fraktionsführer wird Finanzsprecher Jan Krainer**, weitere Mitglieder sind die SPÖ-Abgeordneten Karin Greiner, Hermann Krist, Philip Kucher und Maximilian Unterrainer. Als Ersatzmitglieder wurden Michael Ehmman, Klaus Uwe Feichtinger, Daniela Holzinger, Hermann Lipitsch sowie Christoph Matznetter bestimmt.

Alle Beschlüsse & Berichte

NR-Sitzung vom 21. Jänner 2015

Reform des Fortpflanzungsmedizingesetzes - FmedRÄG 2015 ([450 d.B.](#)) – siehe Top-Themen

Neue Berufs-Regeln für MasseurInnen ([451 d.B.](#))

Eine Reform der einschlägigen Berufsgesetze bringt neue Regeln für medizinische MasseurInnen, HeilmasseurInnen, MTD und Medizinische Assistenzberufe: U.a. wird eine neue Spezialqualifikation "Basismobilisation" eingeführt, die gewerberechtlichen Bestimmungen werden aktualisiert und die Möglichkeiten der Berufsausübung der Ordinationsassistenten erweitert.

Bessere Information über Risiken für KonsumentInnen ([388 d.B.](#))

Viele KonsumentInnen sind hinsichtlich der Risiken insbesondere im Zusammenhang mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen verunsichert. In einem Entschließungsantrag der Regierungsparteien betreffend "verbesserte Kommunikation zu lebensmittel- und verbrauchsgüterbedingten Risiken" wird das thematisiert: "Kommunikation muss frühzeitig, adressatengerecht, nachvollziehbar und emphatisch sein." Ziel der Risiko-Kommunikation ist es, durch Information und Transparenz einerseits das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken und andererseits das Risikobewusstsein zu fördern.

Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Organismen (GVO) ([443 d.B.](#)) – siehe Top-Themen

Beamtendienstrecht: Reform setzt EuGH-Urteil um ([457 d.B.](#))

Aufgrund eines EuGH-Urteils von November 2014 muss das Gehaltssystem von rund 200.000 Bundesbediensteten und LandeslehrerInnen saniert werden,

weil der EuGH das System der Anrechnung von Ausbildungszeiten als altersdiskriminierend erkannt hat. Damit eine neue Regelung EU-rechtskonform ist, wird ein komplett neues System etabliert, in das alle BeamtInnen besitzstandswahrend übergeleitet werden – am Lohnzettel ändert sich vorerst nichts. Durch einen Entschließungsantrag wurde außerdem sichergestellt, dass notwendige Korrekturen rechtzeitig bis 1. Juli umgesetzt werden.

Sammelbericht zu BürgerInnen-Petitionen ([375 d.B.](#))

Die BürgerInnen-Anliegen, die der Petitionenausschuss behandelte, drehten sich um die Themen Pensionen, Verkehr sowie Fragen der Gesundheitsversorgung. Der Ausschuss holte zu sämtlichen Initiativen Stellungnahmen der inhaltlich zuständigen Ressorts ein. Auf Basis dieser Auskünfte konnte entweder eine Erledigung durch Kenntnisnahme erfolgen oder an einen Fachausschuss zugewiesen werden.

Bundesheerkommission: Otto Pendl neuer Vorsitzender ([449 d.B.](#))

Mit SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl und einem ÖVP- sowie einem FPÖ-Abgeordneten wurden die drei neuen Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission gewählt. Die Parlamentarische Bundesheerkommission nimmt Beschwerden von SoldatInnen oder wehrpflichtigen Personen entgegen und prüft sie. Sie besteht aus den vom Nationalrat gewählten drei Vorsitzenden, die sich in der Amtsführung alle zwei Jahre abwechseln und von Parteien entsandten Mitgliedern. Die Funktionsperiode der Parlamentarischen Bundesheerkommission dauert sechs Jahre. Otto Pendl ist der neue Vorsitzende für die nächsten zwei Jahren.

Weitere Themen

SPÖ gegen ruinösen Steuerwettbewerb

Die Sitzung startete mit einer **"Aktuellen Stunde der Neos zum Thema "Vom Spendierföderalismus zum Verantwortungsföderalismus"**, die die Steuerautonomie der Länder behandelte. SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter kritisierte in seiner Rede, dass es in Europa eine **Unzahl internationaler Konzerne gibt, die keine oder sehr wenige Steuern zahlen**. Er hielt fest, dass die Neos genauso ein System auch in Österreich etablieren wollen. **"Ein ruinöser Steuerwettbewerb schadet aber im Endeffekt allen"**, so Matznetter. **SPÖ-Abgeordneter Klaus Uwe Feichtinger** hielt fest, dass es beim Finanzausgleich um "eine gerechte Lastenverteilung im Hinblick auf Aufgaben, Ausstattung und Aufgabenerfüllung" geht. Den Kommunen wird damit Geld zur Verfügung gestellt, um mit den BürgerInnen gemeinsam das Lebens- und Arbeitsumfeld für eine hohe Lebensqualität zu gestalten.

Wirtschaftsstandort: Österreich international bei den Besten

Einen **Dringlichen Antrag** der Neos zum Thema **Wirtschaftsstandort** nutzte **Bundeskanzler Werner Faymann**, auf Österreichs international sehr gute wirtschaftspolitische Position hinzuweisen. Er verwies darauf, dass unter der SPÖ-geführten Regierung **so viele Menschen in Beschäftigung sind wie nie zuvor**. Österreich hat in acht von zwölf Monaten eine **geringere Arbeitslosigkeit als Deutschland** gehabt, liegt **besser bei der Langzeit-Arbeitslosigkeit** und beim BIP pro Kopf. Nicht zuletzt

ist seit Faymanns Regierungsantritt die **Armutsgefährdung gesunken**.

SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter lehnte in der Debatte die von den Neos geforderte Beseitigung der Gewerbeordnung ab: Gerade die Zulassungskriterien zum Gewerbe sichern "die gute Qualität der österreichischen Unternehmen".

Cornelia Ecker, SPÖ-Wirtschaftssprecherin für kleine, mittlere und Ein-Personen Unternehmen, kritisierte die Neos, die den Arbeitnehmerschutz aushebeln wollen. Um die Wirtschaft zu entlasten, sollten nicht die ArbeitnehmerInnen schlechter gestellt werden, sondern **bürokratische Hürden beseitigt** werden. Als Beispiel verwies die Unternehmerin auf die **SPÖ-Forderung nach einer neuen Normungsstrategie**. Denn überbordende Normen sind derzeit oft eine enorme Hürde für Betriebe.

Reden

Rede während der Aktuellen Europastunde zu TTIP und Schiedsgerichten

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Was heute eindeutig sichtbar und deutlich geworden ist: Das Parlament steht TTIP sehr skeptisch gegenüber und insbesondere natürlich auch der Aufnahme von Sonderklagerechten in das Freihandelsabkommen mit den USA, was ja schon in unserem gemeinsamen Antrag sehr deutlich geworden ist. Zwischen zwei Gesellschaften mit gut funktionierenden Rechtssystemen wie der amerikanischen und der europäischen Gesellschaft verbessern Sonderklagerechte nicht den Rechtsstandard, sondern sie verschlechtern ihn ganz sicherlich. Es ist und bleibt daher sinnlos, auch diese Sonderklagerechte, diese sogenannten ISDS-Klauseln, aufzunehmen. Im Klartext heißt das: Bleiben die Klauseln drinnen, stimmen wir TTIP auf keinen Fall zu. (*Abg. Pirkhuber: Richtig!*) An dieser Einstellung hat sich nichts geändert, weder beim Parlament noch in der Bundesregierung. (*Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten von FPÖ und Grünen.*)

Unser Antrag behandelt aber auch unsere Sorge um die hohen Standards, die wir uns so mühsam erkämpft und erarbeitet haben, und zwar die Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die Standards bei den Rechten der VerbraucherInnen,

bei unseren Sozialsystemen und auch beim Umweltschutz. Und diese Sorgen, meine Damen und Herren, sind berechtigt.

Ein Beispiel: Letztes Jahr gab es eine Nachricht aus Chattanooga in Tennessee, die für österreichische, ja, für europäische Ohren ziemlich merkwürdig klingt. Dort haben republikanische Politiker, wie der Gouverneur von Tennessee, erheblichen Druck auf VW und deren Mitarbeiter gemacht. Ziel der Kampagne war es, zu verhindern, dass sich die ArbeitnehmerInnen gewerkschaftlich organisieren. Warum? – Die Südstaaten in den USA werben nämlich damit, gewerkschaftsfrei zu sein. (Abg. Pirkhuber: *Das ist ja unglaublich!*)

Ein weiteres Beispiel, das auch sehr zu denken gibt, ist die Tochtergesellschaft der Deutschen Telekom T-Mobile USA. Diese versucht nämlich mit allen Mitteln zu verhindern, dass sich ihre Mitarbeiter gewerkschaftlich organisieren. Damit steht sie aber im Widerspruch zur Firmenpolitik in Europa.

Die sonderbare Wandlung dieser Deutschen Telekom von einem, wenn Sie wollen, Dr. Jekyll in Europa zu einem Mr. Hyde in den USA ist schon sehr eigenartig, kann aber auch bei anderen Unternehmen beobachtet werden. Möglich macht das allein der viel geringere Standard bei den ArbeitnehmerInnenrechten und bei den Gewerkschaftsrechten. Da kann Frau Kommissarin Malmström, wie sie das gestern hier im Parlament getan hat, noch so häufig erklären, bei TTIP würden keine Regeln verhandelt, die unsere Standards senken. Das mag schon sein, aber eines ist auch klar, meine Damen und Herren: TTIP würde den internationalen Wettbewerb zwischen den amerikanischen und europäischen Firmen so verschärfen, dass die österreichischen und die europäischen Firmen dann unter großen Druck geraten würden.

Denn wenn sich US-Unternehmen in diesem Wettbewerb durch Lohn-, Sozial- und Umweltdumping Vorteile verschaffen können, dann erhöht das doch automatisch den Druck auf uns, unsere Standards aufzuweichen. Darum sind die anderen Punkte in unserem Antrag auch so wichtig. In ihnen fordern wir, dass unsere Freihandelspartner wenigstens soziale, arbeitsrechtliche und umweltpolitische Mindeststandards umsetzen müssen. Die USA haben das noch nicht gemacht.

Intensivere Handelsbeziehungen mit den USA sind – das ist heute schon erwähnt worden – per se weder gut noch schlecht. Aber wir müssen aufpassen und darauf achtgeben, wie sie gestaltet werden. Die Frage ist: Wessen Interessen spiegeln sie wider? Spiegeln sie nur die Wirtschafts- und Gewinninteressen von Firmen und Konzernen oder auch die Interessen von ArbeitnehmerInnen, von VerbraucherInnen und Interessen zum Schutz der Umwelt wider? Die Frage ist auch: Sind die Vorteile gerecht verteilt, oder geht es um Einzelinteressen zu Lasten von uns allen?

In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch noch – das ist mir besonders wichtig – auf Kunst und Kultur hinweisen. Wir wollen keinen amerikanischen Mainstream. Daher müssen Film, audiovisuelle Medien und Kunst insgesamt von TTIP ausge-

nommen werden, um die Vielfalt unserer Kultur in Europa zu erhalten. Ich glaube, auch Kunst darf dem Spiel ökonomischer Kräfte nicht ausgesetzt werden. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kickl: Das ist ja fast ein nationalistischer Ansatz! Nationalistische Töne! – Abg. Strache: Patriotische Töne!)*

Meine Rede zu TTIP ist auch vom ORF aufgezeichnet worden und kann unter dem folgenden Link angesehen werden.

<http://tvthek.orf.at/program/Nationalrat/3096617/Nationalratssitzung-2/9122730/Christine-Muttonen-SPOe/9122740>

Rede zur neuen GVO-Richtlinie, die Österreichs GVO-Verbot rechtlich absichert

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die SPÖ begrüßt ausdrücklich die neue Richtlinie zu genetisch veränderten Lebensmitteln. Wir haben in Österreich eine eindeutige Position zu genveränderten Lebensmitteln, wir haben einen breiten unzweideutigen Konsens, von den KonsumentInnen über die LandwirtInnen bis in die Politik: Wir wollen es nicht! Wir wollen keinen Genmais! Wir wollen keine Genkartoffel und wir wollen auch kein anderes genverändertes Obst oder Gemüse. Da sind wir uns alle einig. Mit der neuen Regel haben wir nun endlich eine klare rechtliche Grundlage, um diesen Willen auch sicher umsetzen zu können.

Diese Sicherheit hat bisher gefehlt. Wir kennen doch alle den Streit um den Genmais 1507. Wie schwierig das war, den von unseren Äckern fernzuhalten. Immer die Auseinandersetzung mit der Kommission, die den Genmais unbedingt zulassen will. Immer die Befürchtung, eine Mehrheit der europäischen Staaten könnte für die Zulassung stimmen. Immer hoffen müssen, dass es ausreichend gleichgesinnte Staaten für eine Blockade gibt. Nationale Alleingänge bei Verboten waren kompliziert und rechtlich unsicher.

Diese Unsicherheit ist jetzt vorbei. Mit der sogenannten Ausstiegsklausel können wir in Österreich künftig allein entscheiden, ob bei uns genveränderte Pflanzen angebaut werden oder nicht. Und nicht nur das. Die neue Richtlinie schreibt außerdem vor, dass alle Staaten, die genveränderte Lebensmittel anbauen, in Zukunft an ihren Grenzen Pufferzonen einrichten müssen.

Damit hat unsere gentechnikfreie Landwirtschaft endlich mehr Schutz und einen sicheren europarechtlichen Rahmen erhalten. Und da möchte ich mich an dieser Stelle sowohl bei unserer Regierung bedanken, die diese Reform mit angeschoben hat. Aber auch bei unseren Abgeordneten im EU-Parlament, die sich sehr für diese Reform eingesetzt haben.

Hätten wir uns ein besseres Ergebnis vorstellen können? Sicherlich! Für Österreich wäre ein europaweites Verbot für den Anbau genveränderter Lebensmittel die beste

Lösung gewesen. Dafür haben wir uns in Brüssel auch immer wieder stark gemacht. Aber ein Gesamtverbot ist in der EU leider nicht mehrheitsfähig. Wie in der Atomfrage, so gibt es leider auch hier eine Reihe von Staaten, die unsere Vorbehalte nicht teilen.

Das müssen wir erstmal akzeptieren und für die Zukunft weiter Überzeugungsarbeit leisten. Wir haben das erreicht –was im Augenblick machbar war. Und damit können wir schon sehr zufrieden sein – denn besser als das, was wir bis jetzt hatten, ist die neue Regelung in jedem Fall.

Ob auf österreichischen Äckern genmanipulierte Pflanzen angebaut werden oder nicht – dass hängt nun in Zukunft ganz allein von uns ab – und das ist gut so. Vielen Dank!

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Muttonen zu TTIP: Malmström konnte Zweifel nicht ausräumen - Sorgen der BürgerInnen ernst nehmen \(20.01.2015\)](#)

[Nationalrat - Muttonen zu TTIP: Bleiben die ISDS-Klauseln drin, werden wir TTIP nicht zustimmen \(21.01.2015\)](#)

[Muttonen: "EU-Richtlinie zu gentechnisch veränderten Organismen gibt endlich Rechtssicherheit und unterstützt Österreichs Position" \(22.01.2015\)](#)

TTIP- Aussprache mit EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström



v.L.n.R: Kommissarin Cecilia Malmström, SPÖ-Abgeordnete Elisabeth Grossmann und ich

Am Dienstag war die neue EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström bei uns im Parlament, um für das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) zu werben.

Ich war von ihrer Vorstellung leider enttäuscht. Zwar scheint sie sich im Gegensatz zu ihrem Vorgänger um mehr Transparenz bemühen zu wollen. Verständnis für unsere Bedenken und den Willen die Verhandlungen mit den USA entsprechend zu ändern,

habe ich aber auch bei Kommissarin Malmström nicht erkennen können. Statt dessen beschränkte sich die Kommissarin darauf, die aus ihrer Sicht zu erwartenden positiven Aspekte von TTIP für Österreich hervorzuheben.

Die von uns vehement kritisierten Sonderklagerechte für Investoren vor privaten Schiedsgerichten will aber auch Malmström nicht aus den TTIP-Verhandlungen ausnehmen, allenfalls modernisieren. Diese Schiedsgerichte mögen ja einen gewissen Sinn haben, bei Verträgen mit Staaten die kein funktionierendes Rechtsstaatsystem besitzen. Die USA und die EU verfügen jedoch beide über unabhängige und gut funktionierende Gerichte – da sind solche Schiedsgerichte nicht bloß unsinnig – sie stellen auch einen gesellschaftlichen Rückschritt da. Im Großen und Ganzen hat die Kommissarin damit eine gute Gelegenheit ungenutzt gelassen, sich mit uns konstruktiv über die Vor- und Nachteile von TTIP auszutauschen.

Treffen mit kurdischen Politikern



v.l.n.R. Josef Cap, Nazmi Gür (HDP), ich, Andreas Schieder, Selahattin Demirtaş (HDP), Rukiye Eraslan (FEYKOM), Jean Kepez (FEYKOM)

Am Mittwoch hatten Klubobmann Andreas Schieder, Klubobmannstellvertreter Josef Cap und ich ein Treffen mit Abgeordneten der im türkischen Parlament vertretenen kurdischen Partei HDP (Demokratische Gesellschaftspartei), darunter auch Selahattin Demirtaş, Klub-Chef der HDP, sowie Vertretern der kurdischen Gemeinde in Österreich (FEYKOM). In unserem

Gespräch ging es natürlich um die Lage in Syrien und im Nordirak, wo die Kurden, obgleich selbst unter ständigem Angriff der ISIS-Terroristen vielen hunderttausend Flüchtlingen Schutz und Hilfe gewähren. Auch in den Kurdengebieten im Südosten der Türkei sind viele Flüchtlinge untergekommen und müssen nun versorgt werden, was die örtlichen Gemeinden und Kommunen unter große Belastung stellt.

Weitere Themen waren die anstehenden Parlamentswahlen in der Türkei und der Friedensprozess zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen PKK.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at